

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

1. **kreisfreien Städte**
2. **hauptamtlich geführten Städte und Gemeinden**
3. **Verbandsgemeinden**

im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

post@sgsa.info
www.kommunales-sachsen-anhalt.de

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: **Frau Kagelmann**
Durchwahl: 0391 5924-390

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
37-00-01/Ka

Datum
05.03.2018

Feuerwehrwesen:

Wissenschaftliche Studie „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Städtetag Nordrhein-Westfalen hat gemeinsam mit Ruhr Universität Bochum die Studie „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in NRW“ vorgelegt.

Die 77-seitige Studie befasst sich mit Gewaltübergriffen auf Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen. Sie zeigt auf, in welchem Umfang Einsatzkräfte der Feuerwehren und des Rettungsdienstes Gewaltattacken im Einsatz ausgesetzt sind und unterbreitet Vorschläge, wie die Einsatzkräfte davor geschützt werden können.

Neben aktuellen Zahlen zur Gewaltbetroffenheit der nordrhein-westfälischen Einsatzkräfte sollte die Befragung Aufschluss über die Situationsmerkmale eskalierender Einsatzsituationen, über Folgen von Gewalterfahrungen für die Einsatzkräfte und über die Zufriedenheit sowie Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Aus- und Fortbildung von Einsatzkräften geben.

Mit ihrer Ausbildung zeigten sich die Einsatzkräfte insgesamt zufrieden, jedoch wurde eine intensivere Vorbereitung auf eskalierende Einsatzsituationen sowie die Implementierung von gewaltpräventiven Maßnahmen im Aus- und Fortbildungswesen angeregt. Die Befragten wünschten sich mehr Fortbildung in den Bereichen Deeskalationstraining und körperschonende Abwehrtechniken. Handlungsbedarf konnte in den Bereichen der Aus- und Fortbildung sowie im Bereich der Erfassung von Übergriffen herausgestellt werden.

Zum einen erfordert wirksame Gewaltprävention einen angemessenen Umfang im Rahmen von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Zum anderen ist die Sensibilisierung der Einsatzkräfte dahingehend erforderlich, Übergriffe jeglicher Art zu melden.

Zu den Details verweisen wir auf die beigefügte Studie, [Anlage](#).

Aktuell entwickelt eine Arbeitsgruppe, an der auch der Städtetag Nordrhein-Westfalen beteiligt ist, aus den Ergebnissen der Studie Handlungsoptionen, um die Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdiensten zukünftig besser vor Gewalt zu schützen.

Über die Ergebnisse werden wir Sie informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage



Elke Kagemann

Anlage